Geschäftsverteilung

des Landesverwaltungsgerichts
Oberösterreich

für das Geschäftsjahr 2026

LVwGI-2025-421806/7/Fi/WIS

Gültig ab 01. November 2026

Artikel I Allgemeines 3
§ 1 Zielsetzung 3
§ 2 Sprachliche Gleichbehandlung 3
§ 3 Anwendungsbereich 3
§ 4 Gerichtsabteilungen 4
§ 5 Zuständigkeit 4
Artikel II Grundsätze der Zuweisung 6
§ 6 Zuweisung nach Namen 6
§ 7 Zuweisung der Geschäftsfälle 7
§ 8 Sonderregelung Oö. Sozialhilfegesetz 1998 8
§ 9 Sonderregelung bei Anlagen 8
§ 10 Verhinderung/Enden der Funktion 9
§ 11 Zusammenhangsregel – Gleicher Sachverhalt 10
§ 12 Zusammenhangsregel – Strafverfahren 12
§ 13 Zusammenhang mit früheren (verfahrensrechtlichen) Entscheidungen 12
§ 14 Zusammenhangsregel – Verfahren nach dem Sicherheitspolizeigesetz und Maßnahmebeschwerden 13
§ 15 Zusammenhangsregel – Verfahren nach dem Oö. FLG 1979 13
§ 16 Abwechselnde Zuständigkeit – Grundsatz 13
§ 17 Abwechselnde Zuständigkeit – Sonderregel für Glücksspielrecht 14
§ 18 Abwechselnde Zuständigkeit - Sonderregel für Entscheidungen nach dem Oö. Vergaberechtschutzgesetz 2006 14
§ 19 Sonderregel zu GA VII-2 – Abwechselnde Zuständigkeit sowie Verhinderung 15
§ 20 Änderung des Spruchkörpers 15
§ 21 Übergangsrecht bei Änderung/Neuerlassung der Geschäftsverteilung 15
Artikel III Übergangsrecht zum 1. Jänner 2014 16
Artikel IV Inkrafttreten 17

Anlagen:

Anlage 1
Anlage 2
Anlage 3

Der Geschäftsverteilungs- und Leistungssicherungsausschuss des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich hat am 09. Dezember 2025 aufgrund des § 7 Abs 2 und § 9 des Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (Oö. LVwGG), LGBl Nr 9/2013 idF 64/2025, beschlossen[1]:

Artikel I
Allgemeines

§ 1
Zielsetzung

Ziel dieser Geschäftsverteilung ist die gleichmäßige Verteilung der Geschäfte auf die Richter des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich (im Folgenden: LVwG) im Voraus iSd Art 135 Abs 2 B-VG sowie des § 9 Oö. LVwGG.

§ 2
Sprachliche Gleichbehandlung

Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen, die in dieser Geschäftsverteilung verwendet werden, gelten gleichermaßen für Frauen und Männer.

§ 3
Anwendungsbereich

(1) ISd Geschäftsverteilung fallen in die Zuständigkeit der Richter alle an das LVwG gerichteten Beschwerden.

(2) Beschwerden iSd Geschäftsverteilung sind Beschwerden gemäß Art 130 Abs 1 bis 2a B-VG sowie sonstige den Rechtsschutz betreffende Anbringen.

(3) Die Verteilung der Geschäfte erfasst, soweit im Folgenden nichts Gegenteiliges bestimmt ist, alle in den jeweiligen Angelegenheiten (Materien) vorkommenden Verfahrenstypen einschließlich der damit verbundenen Aufgaben im Rahmen höchstgerichtlicher Verfahren, wie insbesondere Administrativverfahren inklusive Maßnahmenbeschwerdeverfahren, Säumnisbeschwerdeverfahren, Verwaltungsstrafverfahren, Vollstreckungsverfahren, Amts- und Rechtshilfeverfahren, Verfahren gegen verfahrensrechtliche Entscheidungen (einschließlich Verfahrensanordnungen) oder betreffend Ordnungs- und Mutwillensstrafen sowie Kosten- und Gebührenentscheidungen.

[1] Die Fassungen der Anlagen bzw Beilagen sind jeweils in diesen ausgewiesen.

§ 4
Gerichtsabteilungen

Die Verteilung der Geschäfte erfolgt an die Richter des LVwG, die einer oder mehreren durch Verfügung des Präsidenten eingerichteten Gerichtsabteilungen zugewiesen sind:

GA I: Kommunales und Wohnen

GA II: Bildung und Gesellschaft

GA III: Arbeit und Soziales

GA IV: Finanzen und Abgaben

GA V: Land- und Forstwirtschaft, Natur und Umwelt

GA VI: Verkehr

GA VII: Sicherheit und Polizei

GA VIII: Wirtschaft

GA IX: Dienst und Organisation

GA X: Gesundheit und Veterinär

§ 5
Zuständigkeit

(1) Die Zuständigkeit der Richter ergibt sich aus den in der Anlage 1 dem einzelnen Richter zugeordneten Angelegenheiten (Materien) iVm den im Folgenden festgelegten Grundsätzen.

(2) Soweit eine Angelegenheit nicht im Rahmen der Anlage 1 einem oder mehreren Richtern zugeordnet ist, ergibt sich die Zuständigkeit aus der Zugehörigkeit dieser Angelegenheit zu den den jeweiligen Abteilungen nach der Anlage 1 zugehörigen Indexgruppen der jeweils jüngsten Ausgabe des Index des Bundesrechts (Systematisches Verzeichnis des geltenden Bundesrechts) und des Index des oberösterreichischen Landesrechts (Systematisches Verzeichnis des geltenden Oö. Landesrechts). Sofern sich nur die Bezeichnung oder Fassung einer Norm geändert hat, erfolgt die Zuordnung nach den vorhergehenden Bezeichnungen oder Fassungen. Soweit sich Beschwerden und Anbringen gegen Entscheidungen richten, die sich auf Normen anderer Länder stützen, ist jener Richter zuständig, dem die vergleichbare Materie des Oö. Landesrechts zugewiesen ist. Soweit sich Beschwerden und Anbringen gegen Entscheidungen richten, die sich ausschließlich auf unmittelbar anwendbares Unionsrecht stützen, ist jener Richter zuständig, dem die vergleichbare Materie des nationalen Rechts zugewiesen ist.

(3) Die Vertretung der Richter und deren Reihenfolge sowohl als Einzelrichter als auch als Mitglied in einem Senat bestimmt sich nach Anlage 2. Sofern keine Vertretung angeführt ist, gilt die Vertretungsregelung der grau hinterlegten Gerichtsabteilung in der Anlage 2.

(4) Für die durch einen Senat wahrzunehmenden Aufgaben werden die sich aus Anlage 3 ergebenden Senate für die dort näher bestimmten Angelegenheiten eingerichtet. Die Senatszusammensetzung erfolgt nach der sich aus Anlage 1 ergebenden Zuständigkeit des jeweiligen Richters. Ist auf diese Weise eine Aufgabe einem Richter zugeordnet, folgt daraus die Zuständigkeit des Senats, in dem der Richter in der Folge als Berichter bzw – soweit gesetzlich vorgesehen – teilweise auch als Vorsitzender fungiert. Ist für eine Angelegenheit kein gesonderter Senat in der Anlage 3 vorgesehen, ist der Senat A zuständig.

(5) Für Anbringen, die aufgrund dieser Geschäftsverteilung in die Zuständigkeit zweier oder mehrerer Spruchkörper fallen und nicht aufgrund getrennter Spruchpunkte einem dieser Spruchkörper eindeutig zufallen, ist jener Spruchkörper zuständig, dem jenes Mitglied des Landesverwaltungsgerichts, das diesem am längsten angehört, angehört; bei gleicher Dauer entscheidet das Lebensalter.

(6) Für Anbringen, die aufgrund dieser Geschäftsverteilung eindeutig nicht in den Zuständigkeitsbereich eines Spruchkörpers fallen, ist der Präsident zuständig. Dies gilt insbesondere auch für (die Weiterleitung nach § 17 VwGVG iVm § 6 AVG von) Anbringen, für deren Behandlung das LVwG offensichtlich nicht zuständig ist und für Anbringen nach § 17 VwGVG iVm § 13 Abs 6 AVG. In diesen Angelegenheiten richtet sich die Vertretungsregelung nach § 4 Abs 6 Oö. LVwGG.

(7) Stellt sich nachträglich heraus, dass eine Fehlzuteilung erfolgt ist, hat dies keine Auswirkungen auf die bereits vorgenommenen anderen Zuteilungen. Die Fehlzuteilung wird bei einer abwechselnden Zuständigkeit bei den nachfolgenden Zuteilungen entsprechend ausgeglichen.

(8) Ordnungs- und Mutwillensstrafen sowie Verfahren nach dem VVG oder dem III. Teil des VStG (Strafvollstreckung) bzw. Verfahren betreffend die Vorschreibung von Kommissionsgebühren und Verwaltungsabgaben folgen der Zuständigkeit des Ausgangsverfahrens.

Artikel II
Grundsätze der Zuweisung

§ 6
Zuweisung nach Namen

(1) Die Zuweisung richtet sich nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens des Beschwerdeführers. Soweit Personen etwa einen Künstlernamen oder Ähnliches verwenden, tritt dieser an die Stelle des Familiennamens. Bei Namensgleichheit erfolgt die Reihung auf Basis des ersten Vornamens, bei Gleichheit des Vornamens nach dem Geburtsdatum; bei juristischen Personen nach der jeweiligen Registernummer (Firmenbuch, Vereinsregister) bzw., wenn eine solche nicht vorhanden ist, nach dem Entstehungsjahr.

(2) Werden Beschwerden von mehreren Beschwerdeführern gleichzeitig in einer Rechtssache eingebracht, für die in der Geschäftsverteilung ein Zusammenhang vorgesehen ist, richtet sich die Zuweisung nach dem Namen des nach der alphabetischen Reihenfolge ersten Beschwerdeführers.

(3) Werden Beschwerden von Amts- oder Legalparteien eingebracht, richtet sich die Zuweisung nach dem Namen der weiteren Verfahrenspartei (ausgenommen der belangten Behörde). Bei mehreren weiteren Verfahrensparteien nach dem Namen der alphabetisch ersten Verfahrenspartei. Dies gilt auch bei vergleichbaren Anbringen, insbesondere bei Ersuchen in Amts- und Rechtshilfeverfahren.

(4) Als Name einer juristischen Person, einer Personengesellschaft oder einer eingetragenen Erwerbsgesellschaft gilt der in ihrer Bezeichnung erste aufscheinende Familienname (zB Müller-Zweigelt GesmbH). Ist ein solcher nicht vorhanden, ist nach der ersten aufscheinenden Spezialbezeichnung (zB Buchstabenkürzung: HIGH-TECH-CONSULTING; ABC-Versicherung; Alpha-Line-Engineering AG; Die Beste Bank) zuzuweisen; ist auch eine solche Bezeichnung nicht vorhanden, so hat die Zuweisung nach dem Kriterium der ersten besonderen Geschäfts- oder sonstigen Zweckbezeichnung zu erfolgen (zB Milchprodukte- und Fleischwarengesellschaft m.b.H.; Die Gesundheits- und Fitness AG). Soweit sich eine juristische Person, eine Personengesellschaft oder eine eingetragene Erwerbsgesellschaft mit einer verbreiteten Zweckbestimmung (Wassergenossenschaft, Abwasserverband, Gemeinde oÄ) auf eine bestimmte Region bezieht, erfolgt die Zuweisung nach der genannten Regionalbezeichnung (zB Wassergenossenschaft Ottensheim). Vorstehende Kriterien gelten sinngemäß auch für die Zuweisung von Beschwerden sonstiger Einschreiter, die lediglich unter einer Firmen- oder Fantasiebezeichnung vorgelegt werden, außer sie betreffen ein

Verwaltungsstrafverfahren und es ist bereits bei der Zuweisung aus dem angefochtenen Akt der belangten Behörde der Name des Beschuldigten ersichtlich.

(5) Nach einer erfolgten Zuweisung hervorkommende Richtigstellungen des Namens (zB Verwechslung von Vor- und Familiennamen, Geburts- und Ehenamen etc, Auftauchen von Alias-Namen usw) bewirken keine Veränderung der Zuweisung.

§ 7
Zuweisung der Geschäftsfälle

(1) Alle an einem Kalendertag eingegangenen Geschäftsfälle werden auf Basis der an diesem Tag geltenden Geschäftsverteilung am nächstfolgenden Tag mit Amtsstunden zugewiesen. Dabei werden Geschäftsfälle, die an Kalendertagen ohne Amtsstunden eingegangen sind, gemeinsam mit den Geschäftsfällen des vorhergehenden Kalendertags mit Amtsstunden auf Basis der an diesem Tag geltenden Rechtslage zugewiesen.

(2) Bei der täglichen Zuweisung werden die zuzuweisenden Geschäftsfälle alphabetisch gereiht. Die alphabetische Reihung erfolgt nach dem gemäß § 6 für die Zuweisung ausschlaggebenden Namen oder der ausschlaggebenden Bezeichnung. Bei gleichem Namen oder bei gleicher Bezeichnung ist die alphabetische Reihung des/der weiteren Namen bzw Bezeichnung/en maßgeblich.

(3) Geschäftsfälle, die binnen zwei Wochen oder kürzer zu entscheiden sind und damit zusammenhängende Fälle (zB Nachprüfungsverfahren nach dem Oö. VergRSG 2006), sind unmittelbar nach deren Einlangen (Eingehen während der Amtsstunden) zuzuweisen.

(4) Bei der Erstzuteilung einer Rechtssache hat in den Fällen der Verhinderung im Sinne des § 10 Abs 1a bis 3 der Präsident die Vertretung des nach der Geschäftsverteilung zuständigen Richters durch den nach der Geschäftsverteilung zuständigen Vertreter zu verfügen. Die Vertretung richtet sich nach Anlage 2. Davon abweichend richtet sich die Vertretung im Fall einer in der Geschäftsverteilung vorgesehenen abwechselnden Zuständigkeit nach der sich daraus ergebenden Reihenfolge. Eine allfällige Zusammenhangsregel gilt auch im Vertretungsfall. Sind alle Richter im Fall einer abwechselnden Zuständigkeit verhindert, so richtet sich die Vertretung nach Anlage 2; sofern keine Vertretung angeführt ist oder auch sämtliche dort angeführten Vertreter verhindert sind, gilt die Vertretungsregelung der grau hinterlegten Gerichtsabteilung in der Anlage 2.

(5) Gleiches gilt im Falle der Abnahme einer Rechtssache wegen Verhinderung bzw Überlastung im Sinne des § 10 Abs 6, sofern der Geschäftsverteilungs- und Leistungssicherungsausschuss nicht anderes verfügt hat.

(6) Trifft eine Verhinderung oder Überbelastung im Sinne des § 10 Abs 4 Oö. LVwGG auch auf den Vertreter zu, so ist die Neuzuweisung an jenen in der Reihenfolge nächsten Vertreter vorzunehmen, bei dem keine Verhinderung vorliegt.

(7) Im Fall der Neuzuteilung bleibt diese auch dann aufrecht, wenn die Verhinderung des ursprünglich zuständigen Richters bzw Senats weggefallen ist.

(8) Im Falle des bevorstehenden Endens der Funktion (§ 19 Oö. LVwGG) und dem damit verbundenen Enden von Zuteilungen in einem Teilbereich einer Gerichtsabteilung, findet in diesem Teilbereich ab dem Zeitpunkt des Endens auch eine Zusammenhangsregel keine Anwendung.

(9) Im Falle des Endens der Funktion (§ 19 Oö. LVwGG) sind alle offenen Fälle, die einem Richter zugewiesen wurden, aufgrund der geltenden Geschäftsverteilung neu zuzuweisen. Dies gilt auch für bei Höchstgerichten anhängige Verfahren, wobei diese, soweit sie im Rahmen einer abwechselnden Zuständigkeit zuzuweisen sind, erst dann für die abwechselnde Zuständigkeit relevant werden, als erneut eine Entscheidung (§ 28 VwGVG) zu treffen ist. Dies gilt auch für Verfahren, in denen sich nach Abschluss noch weitere Handlungsnotwendigkeiten (zB Rechtskraftbestätigung) ergeben.

§ 8
Sonderregelung Oö. Sozialhilfegesetz 1998

Ist bei Beschwerden nach dem Oö. SHG 1998 der Beschwerdeführer keine physische Person – zB der Träger einer Krankenanstalt –, so hat die Zuweisung nach dem Namen des Hilfeempfängers zu erfolgen.

§ 9
Sonderregelung bei Anlagen

Bei Beschwerden betreffend (zB die Errichtung, Beseitigung) eine(r) Anlage (iSd GewO 1994, WRG 1959, AWG 2002, MinroG, Forstgesetz 1975, Apothekengesetz, SchFG, LFG, EisbG, SeilbG 2003, Oö. BauO 1994, Oö. KAG 1997, Oö. NSchG 2001, Oö. Straßengesetz 1991, Oö. Starkstromwegegesetz 1970, Oö. ElWOG 2006 etc.) richtet sich die Zuweisung nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des Konsenswerbers oder Konsensinhabers im Behördenverfahren. Bei mehreren Konsenswerbern oder Konsensinhabern richtet sich die Zuteilung nach dem Namen des nach der alphabetischen Reihenfolge ersten Konsenswerbers oder Konsensinhabers im Behördenverfahren.

§ 10
Verhinderung/Überlastung

(1) Als Fälle der Verhinderung gelten Befangenheit, Krankheit, Unfall, Karenz und Mutterschutz, Suspendierung und sonstige vergleichbare Fälle, die sich aus (verfassungs-)gesetzlichen Gründen ergeben.

(1a) Eine Verhinderung im Sinne des § 10 Abs 4 Oö. LVwGG liegt dann vor, wenn eine Verhinderung im Sinne des Abs 1 voraussichtlich oder tatsächlich länger als vier Wochen dauert. Die Inanspruchnahme einer Väter(früh)karenz gilt auch bei kürzerer Dauer als Verhinderung iSd § 10 Abs 4 Oö. LVwGG.

(2) Ist eine Rechtssache binnen zehn Tagen zu entscheiden, liegt eine Verhinderung iSd § 10 Abs 4 Oö. LVwGG auch dann vor, wenn der nach der Geschäftsverteilung zuständige Richter

1. nicht spätestens am dritten Tag nach dem Einlangen der Sache beim LVwG, an dem Amtsstunden sind, Dienst verrichtet oder
2. bei einer mehrtägig zusammenhängenden Verhinderung während der Entscheidungsfrist voraussichtlich – aufgrund eines zumindest eine Woche vor Urlaubsantritt angemeldeten Urlaubs, einer nachgewiesenen Erkrankung oder einer sonstigen begründeten Verhinderung – nicht so anwesend sein kann, dass eine ordnungsgemäße und fristgerechte Erledigung möglich ist.

(3) Ist eine Rechtssache binnen einer Frist von weniger als zehn Tagen zu entscheiden, liegt eine Verhinderung iSd § 10 Abs 4 Oö. LVwGG auch dann vor, wenn der nach der Geschäftsverteilung zuständige Richter

1. nicht spätestens am Tag nach dem Einlangen der Sache beim LVwG, an dem Amtsstunden sind, Dienst verrichtet,
2. bei einer mehrtägig zusammenhängenden Verhinderung während der Entscheidungsfrist voraussichtlich – aufgrund eines zumindest eine Woche vor Urlaubsantritt angemeldeten Urlaubs, einer nachgewiesenen Erkrankung oder einer sonstigen begründeten Verhinderung – nicht so anwesend sein kann, dass eine ordnungsgemäße und fristgerechte Erledigung möglich ist.

(4) Abgesehen von den Fällen des Abs 2 und 3 hindert ein Urlaub oder eine dienstliche Abwesenheit die laufende Zuteilung nicht.

(5) In Fällen der Verhinderung eines Richters iSd Abs 1 und 1a sowie in Fällen einer sonstigen (urlaubsbedingten) Abwesenheit hat der nach der Geschäftsverteilung zuständige Vertreter bis zu einer allfälligen Neuzuteilung jedenfalls die dringend notwendigen Verfügungen (zB Entscheidung über aufschiebende Wirkung) zu treffen und gegebenenfalls Verhandlungen auszuschreiben, zu vertagen bzw abzuberaumen.

(6) Ein Richter ist an der Erledigung seiner Aufgaben innerhalb einer angemessenen Frist im Sinne des § 10 Abs 4 Oö. LVwGG wegen Überlastung dann gehindert, wenn sich aufgrund eines vom betroffenen Richter oder vom betroffenen Senat ausführlich begründeten Zeitplans betreffend die notwendigen Schritte zur Erledigung aller ihm zukommenden Rechtssachen eine solche Überlastung konkretisiert.

§ 11
Zusammenhangsregel – Gleicher Sachverhalt

(1) Fielen Beschwerden, die vom nach Zeit oder Ort konkretisierten Sachverhalt her sowie aufgrund des gleichen Materiengesetzes in sachlichem Zusammenhang stehen (wie zB ein Projekt bezogen auf mehrere Grundstücke mit vergleichbarer Themenstellung, die Änderung oder Erweiterung eines bereits bestehenden oder geplanten Objekts), aufgrund der Namen der Beschwerdeführer oder der abwechselnden Zuteilung in die Zuständigkeit zweier oder mehrerer Einzelrichter oder Senate, so ist für diese Beschwerden eine gemeinsame Zuständigkeit jenes Einzelrichters oder jenes Senats gegeben, welcher für den nach dem Alphabet erst zu reihenden Beschwerdeführer zuständig ist oder welcher bei abwechselnder Zuständigkeit in der Reihenfolge nächstgenannt ist. Dieser Zusammenhang besteht auch zwischen Straf- und Administrativverfahren.

(2) Bei nicht gleichzeitigem Einlangen solcher Beschwerden ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Dies gilt auch dann, wenn eine befristete Zuteilungsänderung in der Anlage 1, Spalte Anmerkungen, vorgesehen ist.

(3) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA I-6, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA I-3 oder I-4 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(4) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA V-12, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA V-6 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(5) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA V-13, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA V-8 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(5a) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA V-14, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA V-10 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(5c) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA V-15, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA V-11 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(6) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA VI-2, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA VI-1 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

(6a) Bei Einlangen von Administrativverfahren nach dem Führerscheingesetz sowie von Strafverfahren nach der Straßenverkehrsordnung 1960 in der GA VI-1, die nach dem nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt in engem sachlichem Zusammenhang zueinander stehen, hat die Zuweisung sämtlicher Geschäftsfälle nach der Zuweisung des zuerst eingelangten Geschäftsfalles zu erfolgen, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Bei nicht gleichzeitigem Einlangen solcher Geschäftsfälle ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist.

(7) Bei Einlangen einer Strafsache in der GA VIII-13, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in engem sachlichem Zusammenhang mit einem Administrativverfahren der GA VIII-7 oder GA VIII-9 steht, hat die Zuweisung nach der Zuweisung des Administrativverfahrens zu erfolgen, sofern

dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Über das Strafverfahren wird kein Zusammenhang mit dem Administrativverfahren erzeugt.

§ 12
Zusammenhangsregel – Strafverfahren

(1) Wurde durch einen Sachverhalt ein Tatbestand verwirklicht, für den zwei oder mehrere Personen im Sinne des § 9 VStG oder aufgrund eines gegebenen sachlichen und zeitlichen Zusammenhangs im Rahmen derselben Strafbestimmung (zB Bauherr/Anzeigender und Bauführer nach § 57 Abs 1 Oö. BauO 1994; gleicher Kontrollort) bestraft wurden, und liegen demzufolge mehrere Beschwerden vor, so ist in diesem Fall jener Richter zur Entscheidung für alle diese Fälle berufen, welcher für den nach dem Alphabet erst zu reihenden Beschuldigten zuständig ist oder welcher bei abwechselnder Zuständigkeit in der Reihenfolge nächstgenannt ist. Bei nicht gleichzeitigem Einlangen solcher Beschwerden ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist. Gleiches gilt, wenn bezüglich eines Hauptbeschuldigten auch Beschwerden von Personen im Sinne des § 7 VStG vorliegen.

(2) Bei Beschwerden betreffend Verfahren der GA III-7, die vom nach Zeit und Ort konkretisierten Sachverhalt her in sachlichem Zusammenhang stehen, ist eine gemeinsame Zuständigkeit jenes Einzelrichters gegeben, welcher in der Reihenfolge der abwechselnden Zuständigkeit nächstgenannt ist. Bei nicht gleichzeitigem Einlangen ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend, sofern dies bei der Zuweisung offenkundig ist.

§ 13
Zusammenhang mit früheren (verfahrensrechtlichen) Entscheidungen

(1) Betreffen Beschwerden Rechtssachen, welche ursprünglich mit verfahrensrechtlichen Entscheidungen (zB gemäß § 28 Abs 3, 4 und 7 VwGVG) oder aus prozessualen Gründen (zB Unzuständigkeit der belangten Behörde) erledigt wurden, hat die Zuweisung nach der ursprünglichen Zuweisung zu erfolgen. Gleiches gilt für Verfahren, die nach den §§ 8a, 32f und 40 VwGVG (oder vergleichbaren Bestimmungen) zu führen sind bzw die nach einer Entscheidung durch die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts einer erneuten Erledigung bedürfen sowie für Anträge, mit denen die Herausgabe von Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz bezogen auf ein konkretes Verfahren begehrt wird.

(2) Ist eine Wahrnehmung dieser Zuständigkeiten wegen einer Verhinderung, die eine Erledigung innerhalb einer angemessenen Frist nicht erwarten lässt, nicht möglich, so hat eine Neuzuweisung aufgrund der geltenden Geschäftsverteilung zu erfolgen.

§ 14
Zusammenhangsregel – Verfahren nach dem Sicherheitspolizeigesetz und Maßnahmebeschwerden

Fielen Beschwerden gemäß Art 130 Abs 1 Z 2 B-VG und/oder solche aufgrund des Sicherheitspolizeigesetzes, die vom Sachverhalt her zusammenhängend sind, aufgrund der Namen der Beschwerdeführer in die Zuständigkeit zweier oder mehrerer Einzelrichter oder Senate, so ist für diese Beschwerden eine gemeinsame Zuständigkeit jenes Einzelrichters oder jenes Senats gegeben, in dessen Aufgabenbereich der Name des nach dem Alphabet letzt zu reihenden Beschwerdeführers fällt. Bei nicht gleichzeitigem Einlangen solcher Beschwerden ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend.

§ 15
Zusammenhangsregel – Verfahren nach dem Oö. FLG 1979

Bei Beschwerden betreffend Verfahren nach den Bestimmungen des Oö. FLG 1979 erzeugt das betroffene (geografische) Gebiet einen sachlichen Zusammenhang. Bei nicht gleichzeitigem Einlangen dieses Gebiet betreffende Beschwerden ist eine bereits erfolgte Zuweisung auch für die übrigen damit zusammenhängenden Fälle maßgebend.

§ 16
Abwechselnde Zuständigkeit – Grundsatz

(1) Soweit in der Anlage 1 anstelle einer Zuweisung nach Anfangsbuchstaben eine abwechselnde Zuständigkeit vorgesehen ist, sind die entsprechenden Rechtssachen in der alphabetischen Reihenfolge gemäß § 7 auf die in der Anlage 1 genannten Richter in der dort genannten Reihenfolge zu verteilen. Wenn die Reihenfolge dieser Richter ausgeschöpft ist, ist sie – jeweils beginnend mit dem erstgenannten Richter – zu wiederholen.

(2) Ist der zuständige Richter verhindert, so ist die Beschwerde (auch im Falle eines Zusammenhanges) dem in der Reihenfolge nächsten Richter zuzuweisen. Im Falle der Verhinderung aufgrund von Befangenheit ist die daraufhin nächste Beschwerde dem ursprünglich verhinderten Richter zuzuweisen, wobei der wegen

Befangenheit verhinderte Richter mit dem in der Reihenfolge zum Zeitpunkt der Abnahme des Verfahrens nächsten Richter tauscht.

§ 17
Abwechselnde Zuständigkeit – Sonderregel für Glücksspielrecht

(1) In Glücksspielangelegenheiten gilt § 16.

(2) Abweichend von §§ 11 und 12 sind Verfahren über Straf-, Beschlagnahme- und Einziehungsbescheide sowie daran anknüpfende Verfahren nach § 5 Abs 8 für die Dauer von jeweils 3 Monaten als zusammenhängend anzusehen, wenn diese auf derselben finanzpolizeilichen Kontrolle beruhen. Dies gilt nur für ab 1. Juli 2015 einlangende Verfahren.

(3) Verfahren über einen Betriebsschließungsbescheid und Verfahren über die Vollstreckung dieses Betriebsschließungsbescheids sind unbefristet als zusammenhängend anzusehen.

(4) Beschwerden, die sich gegen einen Bescheid richten, der bereits Verfahrensgegenstand in einem Verfahren vor dem LVwG ist oder war, sind unbefristet als zusammenhängend anzusehen.

§ 18
Abwechselnde Zuständigkeit - Sonderregel für Entscheidungen nach dem Oö. Vergaberechtschutzgesetz 2006

(1) Hängen Geschäftsfälle durch denselben Sachverhalt zusammen (zB Erlassung einstweiliger Verfügungen mit sonstigen Nachprüfungsanträgen, Einwendungen etc), so sind sie dem zur Zuweisung gerade heranstehenden Richter in Form einer gemeinsamen Zuweisung mehrerer Geschäftsfälle bzw bei später einlangenden Anträgen einer solchen wegen sachlichen Zusammenhangs zuzuweisen. Die Zusammenhangsregel gilt nicht für die Erlassung einer einstweiligen Verfügung im Falle einer Verhinderung (§ 10).

(2) Ein sachlicher Zusammenhang iSd Abs 1 ist auch dann gegeben, wenn eine Vergabeentscheidung bereits einmal für nichtig erklärt wurde oder vom LVwG in einem Vergabeverfahren sonst bereits einmal entschieden wurde und im fortgesetzten oder wiederholten Verfahren – von welcher Partei auch immer – neuerlich ein Vergabenachprüfungsantrag eingebracht wird oder wenn mehrere Vergabeentscheidungen, die zu Beschwerden führen, in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (zB gleichlautende Ausschreibungen oder parallele Vergaben betreffend gleiche Leistungen in mehreren Bezirken) so zusammenhängen, dass eine gemeinsame Behandlung aus Gründen der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis geboten ist.

(3) Eine Zuweisung im Rahmen der Regelungen über den sachlichen Zusammenhang, ausgenommen die Regelung über die Erlassung einstweiliger Verfügungen, bewirkt, dass der Richter, dem eine Rechtssache demnach zugewiesen wurde, in weiterer Folge so lange bei der Zuweisung nach § 16 übersprungen wird, bis alle Richter wieder gleichmäßig belastet sind.

§ 19
Sonderregel zu GA VII-2 – Abwechselnde Zuständigkeit sowie Verhinderung

(1) Hängen Geschäftsfälle bezogen auf das gemeinsame Aufgreifen von Familienangehörigen in auf- und absteigender Linie zusammen und ist dies bei der Zuweisung offenkundig, so sind sie dem zur Zuweisung gerade heranstehenden Richter in Form einer gemeinsamen Zuweisung mehrerer Geschäftsfälle zuzuweisen. Eine demgemäß statistische Mehrfachberücksichtigung ändert die künftige Reihenfolge nicht.

(2) Liegt eine Verhinderung des nach der Geschäftsverteilung heranstehenden Richters vor, sind die entsprechenden Rechtssachen in der Reihenfolge ihres Einlangens an die verbleibenden Richter zu verteilen. Eine Verhinderung nach dieser Bestimmung ist bereits dann gegeben, wenn der zuständige Richter in den auf den Tag des Einlangens der Sache beim LVwG folgenden sieben Tagen mehr als zwei Tage nicht Dienst verrichtet. Tritt eine solche Verhinderung nach Zuteilung ein, hat eine Neuzuteilung dieser Rechtssache nach der Zuständigkeitsregel in der GA VII-2 zu erfolgen (§ 10 Abs 2 Z 2 gilt sinngemäß).

§ 20
Änderung des Spruchkörpers

Wenn bei einem bereits zugewiesenen Geschäftsfall anstelle eines Senats aufgrund einer gesetzlichen Änderung ein Einzelrichter entscheidet, ist diese Rechtssache dem bisherigen Berichter als Einzelrichter zuzuweisen. Soweit anstelle eines Einzelrichters aufgrund einer gesetzlichen Änderung ein Senat entscheidet, fungiert der bisherige Einzelrichter als Berichter.

§ 21
Übergangsrecht bei Änderung/Neuerlassung der Geschäftsverteilung

(1) Zuweisungen auf der Basis der bisherigen Geschäftsverteilung bleiben, soweit nicht ausdrücklich eine Abnahme erfolgt, unberührt. Dies gilt auch für die Beurteilung eines Zusammenhangsfalls, soweit dem Richter im Zeitpunkt des

Eingangs der zuzuweisenden Angelegenheit in der jeweiligen Gerichtsabteilung noch Verfahren zugewiesen werden können.

(2) Bei Inkrafttreten einer neuen Geschäftsverteilung bzw einer Änderung der Geschäftsverteilung sind die Sonderregeln betreffend die abwechselnde Zuständigkeit jeweils bei jenem Richter weiterzuführen, der nach der sich aus der bis dahin ergebenden festgelegten Reihenfolge für die nächste Zuweisung unmittelbar heransteht, wobei die bereits nach der bisher geltenden Geschäftsverteilung zugeteilte Anzahl von Verfahren auf die nach der neuen Geschäftsverteilung zuzuteilenden Anzahl von Verfahren anzurechnen ist. Ist dieser Richter nach der neuen Geschäftsverteilung in der Reihenfolge der abwechselnden Zuständigkeit nicht mehr vorgesehen, so ist die Sonderregel bei dem nach der bis dahin geltenden Reihenfolge nächstfolgenden Richter fortzuführen, dem auch nach der Sonderregel der neuen Geschäftsverteilung Zuständigkeiten zukommen.

Artikel III
Übergangsrecht zum 1. Jänner 2014

(1) Mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beim UVS Oberösterreich anhängige Geschäftsfälle sind jenem Richter des LVwG zuzuweisen, welchem diese Geschäftsfälle als Mitglied des UVS OÖ zugewiesen waren. Ist das nicht möglich, fallen diese Geschäftsfälle dem nach dieser Geschäftsverteilung zuständigen Richter zu.

(2) Abs 1 gilt auch für Verfahren, die nach Entscheidung durch die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts einer erneuten Erledigung bedürfen.

(3) Für den Fall, dass bisher eine Rechtssache eine Kammerangelegenheit war, ist diese Rechtssache jenem Einzelrichter zuzuweisen, der in dieser Kammer als Berichter fungierte.

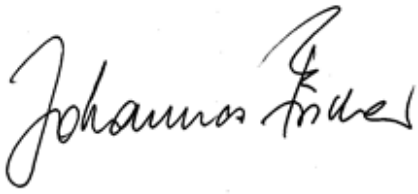
(4) Soweit nunmehr eine Senatszuständigkeit gegeben ist, fungiert der frühere Berichter im Rahmen der Kammer als künftiger Berichter im Rahmen des Senats.

Artikel IV
Inkrafttreten

Diese Geschäftsverteilung tritt mit 01. Jänner 2026 in Kraft. Die bisherige Geschäftsverteilung (Beschluss des Geschäftsverteilungs- und Leistungssicherungsausschusses vom 10. Dezember 2024) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Anlagen

Für den Geschäftsverteilungs- und Leistungssicherungsausschuss des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich:



Dr. Fischer
Präsident

OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

Erklärung der Kurzzeichen für die Anlage 1

1)	Präsident Fischer Johannes	Fi	
2)	Vizepräsidentin Polgar Julia	JP	
3)	Bismaier Michaela	Bm[1]	
4)	Zöbl Gottfried	Zo	
5)	Saxinger Gabriele	GS	
6)	Ellmer Sigrid	SE	
7)	Süß Monika	MS	
8)	Hörzing Katja	KH	
9)	Lederer Karin	KLe	
10)	Zeinhofer Markus	MZ	
11)	Lidauer Karin	KLi	
12)	Reitter Elisabeth	ER	
13)	Manzenreiter Doris	DM	
14)	Gubesch Verena	VG	
15)	Wiesbauer Elisabeth	EW	
16)	Wiesinger Harald	HW	
17)	Weigl Wolfgang	Wg	
18)	Lukas Astrid	AL	
19)	Brandstetter Markus	MB	
20)	Pohl Felix	FP	
21)	Peterseil Wolfgang	WP	
22)	Steinschnack Jörg	JS	
23)	Zauner Bettina	BZ	
24)	Huemer Konstantin	KHu	
25)	Herdega-Haas Karin	KHa	
26)	Buchinger Sandra	SB	
27)	Lang Brigitte	BL	
28)	Blecha Stefan	StB[2]	
29)	Pernsteiner Klaus	KPe	
30)	Kriegner Jasmin	JK	
31)	Steidl-Sebestyen Sabine	SSt	
32)	Hötzenegger Bettina	BeH	
33)	Wagner Roman	RW	

[1] Bis 31. Dezember 2026.
[2] Bis 31. Dezember 2026.

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA I: Kommunales und Wohnen				
I-1	Oö. Feuerwehrgesetz 2015 Oö. Katastrophenschutzgesetz	A – K L – Z	JP KHu	
I-2	Denkmalschutzgesetz	Abwechselnd wie folgt:	VG – DM	
I-3	Oö. Bauordnung 1994 Oö. Bautechnikgesetz 2013 Oö. Raumordnungsgesetz 1994	Abwechselnd wie folgt:	VG – KHu – DM – WP – JS – VG – KHu – DM – WP – JS – EW – SSt – VG – KHu – DM – WP – JS – VG – KHu – DM – WP – JS – EW – SSt	Im Falle einer Zuteilung eines Verfahrens nach GA VIII-3 an JS, wird JS bei der Reihenfolge jeweils um einen Eingang reduziert. **Von 01.10.2026 bis 31.12.2026** wird VG bei der Reihenfolge jeweils um einen Eingang reduziert.
I-4	Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz Gesetz über die Gutachterkommission nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach dem Bodenbeschaffungsgesetz Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001 Oö. Feuer- und Gefahrenpolizeigesetz Oö. Wasserversorgungsgesetz 2015 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz	Abwechselnd wie folgt:	EW (1x) – JS (2x) – SSt (1x) – WP (2x) – DM (2x) – KHu (2x) – VG (2x)	
I-5	Bundesstraßengesetz 1971 Oö. Straßengesetz 1991 Straßentunnel-Sicherheitsgesetz	Abwechselnd wie folgt:	KHu – JS – RW	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** JS – RW
I-6	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA I-3 und GA I-4	Abwechselnd wie folgt:	EW – JS – SSt – WP – DM – KHu – VG	
I-LI	**nach Landesindex** 47 Wohnbauförderung 63 Kanalisation 90 Raumordnung 93 Bauwesen 94 Feuerpolizei 96 Ortsbildschutz, Stadterneuerung 97 Straßenwesen	Abwechselnd wie folgt:	VG – KHu – DM – WP – SSt – JS – EW	
I-BI	**nach Bundesindex** 10/09 Gemeindeaufsicht 98 WOHNBAU 96 STRASSENBAU	Abwechselnd wie folgt:	VG – KHu – DM – WP – SSt – JS – EW	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA II: Bildung und Gesellschaft				
II-1	Auskunftspflichtgesetz Ausbildungspflichtgesetz Bundesstatistikgesetz 2000 Fachhochschul-Studiengesetz Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz Gesetz vom 25.05.1868, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden Maß- und Eichgesetz Mediengesetz Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz Mietrechtsgesetz Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz Oö. Archivgesetz Oö. Auskunftspflicht-, Datenschutz- und Informationsweiterverwendungsgesetz Oö. Geodateninfrastrukturgesetz Oö. Jugendschutzgesetz 2001 Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz Oö. Land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz Oö. Sportgesetz ORF-Beitrags-Gesetz 2024 ORF-Gesetz Privatschulgesetz Schülerbeihilfengesetz 1983 Schülervertretungengesetz Schulpflichtgesetz 1985 Schulunterrichtsgesetz Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs- und Vorbereitungslehrgänge Signatur- und Vertrauensdienstegesetz Studienförderungsgesetz Telekommunikationsgesetz 2003 Universitätsgesetz 2002 Vermessungsgesetz Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 Zivildienstgesetz 1986	Abwechselnd wie folgt:	AL – GS – Wg	
II-2	Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992	Abwechselnd wie folgt:	AL – GS	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA II: Bildung und Gesellschaft				
II-3	Informationsfreiheitsgesetz Umweltinformationsgesetz Oö. Umweltschutzgesetz 1996 (ausschließlich Verfahren nach dem III. Abschnitt)	Abwechselnd wie folgt:	SB – VG – KH – BL	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** VG – KH – BL
II-LI	**nach Landesindex** 28 Datenschutz 30 Schulen 31 Kindergärten, Horte, Schülerheime 33 Kulturförderung 35 Sport 39 Sonstiges (Schulen, Kultur, Sport) 53 Familie, Jugend	Abwechselnd wie folgt:	AL – GS – Wg	
II-BI	**nach Bundesindex** 10/10 Grundrechte, Datenschutz, Auskunftspflicht 16 MEDIENRECHT 20 PRIVATRECHT ALLGEMEIN 70 SCHULEN 71 LAND- UND FORSTWIRT-SCHAFTLICHE SCHULEN 72 WISSENSCHAFT, HOCHSCHULEN 73 AUSBILDUNGSPFLICHT 74/02 Finanzielle Angelegenheiten 75 VOLKSBILDUNG 77 KUNST, KULTUR 78 SPORT 91 POST- UND FERNMELDEWESEN 95/02 Maß- und Eichrecht 95/03 Vermessungsrecht 95/04 Beschussrecht 95/05 Normen, Zeitzählung 95/08 Sonstiges	Abwechselnd wie folgt:	AL – GS – Wg	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA III: Arbeit und Soziales				
III-1	Arbeitsverfassungsgesetz Gleichbehandlungsgesetz Mutterschutzgesetz 1979 Oö. Antidiskriminierungsgesetz Oö. Kinder- und Jugendhilfegesetz 2014	A – K L – Z	VG AL	
III-2	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz Arbeitsinspektionsgesetz 1993 Bauarbeitenkoordinationsgesetz Bauarbeiterschutzverordnung	Abwechselnd wie folgt:	BL – RW	
III-3	Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz 1987	A – K L – Z	AL BL	
III-4	Berufsausbildungsgesetz Landarbeitsgesetz 2021 Oö. Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 1991 Oö. Landarbeitsordnung 1989	A – K L – Z	BL KLe	
III-5	Behinderteneinstellungsgesetz Bundespflegegeldgesetz Familienlastenausgleichsgesetz 1967 Oö. Chancengleichheitsgesetz Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung Oö. Sozialberufegesetz Oö. Sozialhilfegesetz 1998	Abwechselnd wie folgt:	VG – GS	
III-6	Oö. Mindestsicherungsgesetz Oö. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz	Abwechselnd wie folgt:	KLi – AL – VG – GS – RW – BZ – AL – GS – RW – BZ	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** RW – KLi – AL – VG – GS – RW – BZ – AL – GS – RW – BZ
III-7	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz Arbeitskräfteüberlassungsgesetz Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 Arbeitsmarktförderungsgesetz Arbeitsvertragsrecht-Anpassungsgesetz Ausländerbeschäftigungsgesetz Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz Bauern-Sozialversicherungsgesetz Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz	Abwechselnd wie folgt:	AL – GS – BZ – KLi –AL – GS – BZ – KLe –AL – GS – BZ – RW	**Von 01.08.2026 bis 31.12.2026**: AL – GS – BZ – KLi – AL – GS – BZ – KLe – AL – GS – BZ – RW – KLe
III-8	Arbeitsruhegesetz Arbeitszeitgesetz	Abwechselnd wie folgt:	BL – AL	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA III: Arbeit und Soziales				
III-LI	**nach Landesindex** 51 Sozialwesen 52 Menschen mit Beeinträchtigungen 77 Land- und Forstarbeitsrecht	Abwechselnd wie folgt:	VG – BL – AL –GS – RW – BZ	
III-BI	**nach Bundesindex** 60 ARBEITSRECHT 61 FAMILIENFÖRDERUNG, JUGENDFÜRSORGE 62 ARBEITSMARKTVERWALTUNG 66 SOZIALVERSICHERUNG 68 BEHINDERTEN-EINSTELLUNG, SONSTIGES SOZIALRECHT	Abwechselnd wie folgt:	VG – BL – AL –GS – RW – BZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA IV: Finanzen und Abgaben				
IV-1	Verfahren nach der Bundesabgabenordnung	Abwechselnd wie folgt:	Wg (1x) – HW (2x) – KPe (2x) – RW (1x)	Unabhängig vom Materiengesetz. **Von 01.03.2026 bis 31.12.2026:** KPe – Wg – HW – RW – KPe – Wg – HW
IV-2	Bankwesengesetz Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 Devisengesetz 2004 Kommunalsteuergesetz 1993 Nationalbankgesetz 1984 Oö. Parkgebühren- und Straßenaufsichtsorganegesetz Sparkassengesetz	Abwechselnd wie folgt:	KPe (2x) – MS (1x) – HW (2x) – FP (1x) – Zo (1x)	
IV-3	Glücksspielgesetz Oö. Glücksspielautomatengesetz Oö. Wettgesetz	Abwechselnd wie folgt:	MS – FP – BeH	Mit Ausnahme von Bewilligungsverfahren nach IV-4.
IV-4	Bewilligungsverfahren in Angelegenheiten der GA IV-3	A – Z	MS	
IV-LI	**nach Landesindex** 40 Landeshaushalt, Finanzausgleich 44 Verwaltungsabgaben, Gebühren	Abwechselnd wie folgt:	KPe – RW – Wg – HW	
IV-LI A	41 Abgabenverfahren 42 Landesabgaben 43 Gemeindeabgaben	Abwechselnd wie folgt:	KPe – RW – Wg – HW	
IV-BI	**nach Bundesindex** 14/03 Abgabenverwaltungsorganisation 30 FINANZVERFASSUNG 32 STEUERRECHT 35 ZOLLRECHT 37 GELD-, WÄHRUNGS- UND KREDITRECHT	Abwechselnd wie folgt:	KPe – RW – Wg – HW	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA V: Land- und Forstwirtschaft, Natur und Umwelt				
V-1	Oö. Fischereigesetz 2020 Oö. Jagdgesetz 2024 Oö. Landwirtschaftskammergesetz 1967	Abwechselnd wie folgt:	KLe – Wg – BL – Fi – KLe – Wg – BL	
V-2	Oö. Grundverkehrsgesetz 1994	Abwechselnd wie folgt:	KPe – SB – HW – Fi – KPe – SB – HW	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** KPe – HW – Fi – KPe – HW
V-3	Gesetz über das landwirtschaftliche Siedlungswesen Oö. Alm- und Kulturflächenschutzgesetz Oö. Bringungsrechtegesetz 1998 Oö. Einforstungsrechtegesetz	Abwechselnd wie folgt:	KLe – Wg	
V-4	Oö. Flurverfassungs-Landesgesetz 1979	Abwechselnd wie folgt:	KLe – Wg	
V-5	AMA-Gesetz 1992 Biozidproduktegesetz Düngemittelgesetz 1994 Forstliches Vermehrungsgutgesetz 2002 Futtermittelgesetz 1999 Gentechnikgesetz Holzhandelsüberwachungsgesetz Marktordnungsgesetz 2007 Mühlenstrukturverbesserungsgesetz Oö. Bodenschutzgesetz 1991 Oö. EU-Begleitregelungs- und Umsetzungsgesetz Oö. Gentechnik-Vorsorgegesetz 2006 Oö. Pflanzengesundheitsgesetz 2019 Oö. Waldbrandbekämpfungsgesetz Oö. Weinbaugesetz Pflanzenschutzgesetz 2018 Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 Pflanzgutgesetz 1997 Rebenverkehrsgesetz 1996 Saatgutgesetz 1997 Sortenschutzgesetz 2001 Vermarktungsnormengesetz Weingesetz 2009	Abwechselnd wie folgt:	KH – BL – KLe – Wg	
V-6	Abfallwirtschaftsgesetz 2002 Altlastensanierungsgesetz Bundesluftreinhaltegesetz Immissionsschutzgesetz – Luft Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz 2002 Chemikaliengesetz 1996	Abwechselnd wie folgt:	KH – BL	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA V: Land- und Forstwirtschaft, Natur und Umwelt				
V-7	Emissionszertifikategesetz 2011		SE	
V-8	Oö. Nationalparkgesetz Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001	Abwechselnd wie folgt:	SE – KHu – FP – BeH	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** KHu – BeH – FP – BeH
V-9	Bundes-Umwelthaftungsgesetz Oö. Umwelthaftungsgesetz Oö. Umweltschutzgesetz 1996 (ausgenommen Verfahren nach dem III. Abschnitt) Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000	Abwechselnd wie folgt:	SB – VG – KH – BL	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** VG – KH – BL
V-10	Forstgesetz 1975	Abwechselnd wie folgt:	SE – KLe – KH – KLe	
V-11	Wasserrechtsgesetz 1959	Abwechselnd wie folgt:	BZ – KLe – BeH – BZ – KLe	
V-12	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA V-6	Abwechselnd wie folgt:	KH – BL	
V-13	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA V-8	Abwechselnd wie folgt:	SE – KHu – FP – BeH	
V-14	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA V-10	Abwechselnd wie folgt:	SE – KH – KLe	
V-15	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA V-11	Abwechselnd wie folgt:	KLe – BZ – BeH – KLe – BZ	
V-LI	**nach Landesindex** 60 Naturschutz 61 Luftreinhaltung, Lärmschutz 62 Abfall 64 Bodenschutz 65 Wasser 69 Sonstiges (Natur- und Umweltschutz) 70 Landwirtschaft 71 Forstwesen 72 Jagd, Fischerei 75 Bodenreform 78 Landwirtschaftskammer 91 Grundverkehr	Abwechselnd wie folgt:	SE – KH – BeH – KLe – BL – Wg – HW – BZ	
V-BI	**nach Bundesindex** 80 LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 81 WASSERRECHT, WASSERBAUTEN 83 NATUR- UND UMWELTSCHUTZ	Abwechselnd wie folgt:	SE – KH – BeH – KLe – BL – Wg – HW – BZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VI: Verkehr				
VI-1	Containersicherheitsgesetz Führerscheingesetz Kraftfahrgesetz 1967 Straßenverkehrsordnung 1960 (einschließlich Strafverfahren nach § 5 iVm § 99 Abs 1, Abs 1a und Abs 1b)	Abwechselnd wie folgt:	SB (2x) – SE (2x) – KH (2x) – JK (2x) – WP (1x) – FP (2x) – JP (2x) – SSt (1x) – MS (2x) – MZ (2x) – Zo (3x)	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** SE (2x) – KH (2x) – JK (2x) – WP (2x) – FP (2x) – JP (2x) – SSt (2x) – MS (2x) – EW (2x) – Zo (3x)
VI-2	Strafverfahren in Angelegenheiten des Containersicherheitsgesetzes, des Führerscheingesetzes, des Kraftfahrgesetzes 1967 und der Straßenverkehrsordnung 1960 (ausgenommen Strafverfahren nach § 5 iVm § 99 Abs 1, Abs 1a und Abs 1b)	Abwechselnd wie folgt:	SB (1x) – SE (1x) – KHa (2x) – KH (1x) – BeH (1x) – KHu (2x) – JK (3x) – BL (2x) – AL (3x) – DM (3x) – WP (1x) – KPe (2x) – FP (2x) – JP (2x) – SSt (1x) – JS (2x) – MS (2x) – RW (2x) – EW (2x) – MZ (1x) – Zo (3x)	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026** werden SB und AL in der Reihenfolge nicht berücksichtigt. **Von 01.10.2026 bis 31.12.2026** wird JK in der Reihenfolge (1x) berücksichtigt. **Von 01.10.2026 bis 31.12.2026** werden KHa und BL in der Reihenfolge nicht berücksichtigt.
VI-3	BG über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 2008 Flughafen-Bodenabfertigungsgesetz Luftfahrtgesetz Luftfahrtsicherheitsgesetz 2011	Abwechselnd wie folgt:	VG – Zo	
VI-4	Schifffahrtsgesetz Seeschifffahrtsgesetz	A – K L – Z	VG Zo	
VI-5	Gefahrgutbeförderungsgesetz	A – K L – Z	KLe Zo	
VI-6	EG-Verordnungen 561/2006 sowie 165/2014 bzw AETR	Abwechselnd wie folgt:	JP – MZ – Zo	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** JP – Zo
VI-7	Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz Eisenbahngesetz 1957 Seilbahngesetz 2003 Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz	Abwechselnd wie folgt:	KLe – Zo	
VI-LI	**nach Landesindex** 97 Verkehr	Abwechselnd wie folgt:	SB – SE – KH – JK – WP – FP – JP – MS – MZ – Zo	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026** wird SB in der Reihenfolge nicht berücksichtigt.
VI-BI	**nach Bundesindex** 90 STRASSENVERKEHRSRECHT, KRAFTFAHRRECHT 92 LUFTVERKEHR UND WELTRAUM 93 EISENBAHN 94 SCHIFFFAHRT	Abwechselnd wie folgt:	SB – SE – KH – JK – WP – FP – JP – MS – MZ – Zo	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026** wird SB in der Reihenfolge nicht berücksichtigt.

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VII: Sicherheit und Polizei				
VII-1	Abzeichengesetz 1960 Asylgesetz 2005* Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz BG, mit dem Verstöße gegen bestimmte einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre zu Verwaltungsübertretungen erklärt werden Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 E-Government-Gesetz Ehrenzeichengesetz Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 Europa-Wählerevidenzgesetz Europawahlordnung Europäische Ermittlungsanordnung Verwaltungsstrafsachen Fremdenpolizeigesetz 2005* Geschworenen- und Schöffengesetz 1990 Grenzkontrollgesetz Grundversorgungsgesetz – Bund 2005 (Bundesbetreuungsgesetz) Heeresgebührengesetz 2001 Integrationsgesetz Islamgesetz 2015 Kriegsmaterialgesetz Landesgesetz über die oberösterreichischen Landessymbole Meldegesetz 1991 Militärauszeichnungsgesetz 2002 Militärbefugnisgesetz Munitionslagergesetz 2003 Namensänderungsgesetz Nationalrats-Wahlordnung 1992 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz Oö. Ehrenzeichengesetz Oö. Grundversorgungsgesetz 2006 Oö. Lebensrettungs- und Katastropheneinsatzmedaillen-Gesetz Oö. Polizeistrafgesetz Oö. Rettungs-Dienstmedaillen-Gesetz	Abwechselnd wie folgt:	MB (2x) – KHa (2x) – KLi (2x) – ER (2x) – MZ (2x)	*: ausgenommen Zwangsmaßnahmen und Bescheide aufgrund der Verordnung der Bundesregierung nach § 36 Asylgesetz 2005. Maßnahmenbeschwerden nach dem Asylgesetz oder Fremdenpolizeigesetz im Zuteilungsrad MB – ER – MZ. **Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** MB (1x) – KHa (2x) – KLi (2x) – ER (2x) – KHa (1x) – Wg (2x) – MZ (2x)

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VII: Sicherheit und Polizei				
	Oö. Sammlungsgesetz 1996 Oö. Sexualdienstleistungsgesetz Oö. Veranstaltungssicherheitsgesetz Passgesetz 1992 Personenstandsgesetz 2013 Polizeikooperationsgesetz Pyrotechnikgesetz 2010 Resilienz kritischer Einrichtungen-Gesetz Sanktionengesetz 2010 Schusswaffenkennzeichnungsgesetz Sicherheitspolizeigesetz Sprengmittelgesetz 2010 Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 Staatsgrenzgesetz Strafprozessordnung 1975 Strafregistergesetz 1968 Symbole-Gesetz Vereinsgesetz 2002 Versammlungsgesetz 1953 Versorgungssicherungsgesetz Volksabstimmungsgesetz 1972 Volksbefragungsgesetz 1989 Waffengesetz 1996 Wählerevidenzgesetz 2018 Wappengesetz Wehrgesetz 2001			

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VII: Sicherheit und Polizei				
VII-2	Asylgesetz 2005* Fremdenpolizeigesetz 2005*	Abwechselnd wie folgt:	**Rad 1:** MB – ER – MZ – MB – ER – MZ – MB – MZ **Rad 2:** SE – KLe – FP – MS – WP – Wg – Zo **Rad 3:** alle verbleibenden RichterInnen ohne Fi, JP, Bm, StB, KPe, JS und HW	*: Zwangsmaßnahmen und Bescheide aufgrund der Verordnung der Bundesregierung nach § 36 Asylgesetz 2005. Neu einlangende Geschäftsfälle werden grundsätzlich im Rad 1 zugeteilt. Soweit innerhalb der letzten sieben Kalendertage drei (bei ER zwei) Zuteilungen an den in der Reihenfolge jeweils nächsten Richter aus dem Rad 1 erfolgt sind und im Rad 1 aktuell keine Zuteilung mehr vorgenommen werden kann, sind neu einlangende Geschäftsfälle im Rad 2 zuzuteilen. Im Rad 2 erfolgen Zuteilungen nur, solange nicht innerhalb der letzten sieben Kalendertage drei Zuteilungen an den in der Reihenfolge jeweils nächsten Richter erfolgt sind. Kann weder im Rad 1 noch im Rad 2 aktuell eine Zuteilung vorgenommen werden, sind neu einlangende Geschäftsfälle im Rad 3 in alphabetischer Reihenfolge mit der Maßgabe zuzuteilen, als innerhalb der letzten sieben Kalendertage zwei Zuteilungen an den in der Reihenfolge jeweils nächsten Richter erfolgen. Ist eine Zuteilung weder in Rad 1, 2 oder 3 möglich, erfolgt die Zuweisung von neu einlangenden Geschäftsfällen in alphabetischer Reihenfolge ohne Mengenbegrenzung an die hier vorgesehenen RichterInnen.

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VII: Sicherheit und Polizei				
VII-3	COVID-19 Gesetze Epidemiegesetz 1950	Abwechselnd wie folgt:	MB – KHa – KLi – ER – MZ **Sonderzuständigkeit für Beschwerden gegen Absonderungsbescheide nach § 7a bzw § 17 Abs 4 Epidemiegesetz 1950:** alle RichterInnen in alphabetischer Reihenfolge ohne Fi, JP, MB, KHa, Bm, StB, KLi, KPe, ER, JS, HW und MZ	**Vertretungsregelung für Verfahren nach § 7a bzw § 17 Abs 4 Epidemiegesetz 1950:** Als Vertreter gilt unbeschadet der Regelungen über den Verhinderungsfall (§ 7 Abs 4 AT) immer der Vertreter der grau hinterlegten Gerichtsabteilung in der Anlage 2.
VII-4	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA VII-1	Abwechselnd wie folgt:	MB – KHa – KLi – ER – MZ	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** MB – KHa – KLi – ER – Wg – MZ
VII-5	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA VII-3	Abwechselnd wie folgt:	VG – JK – BL – DM – KPe – SSt – Wg	Als Vertreter gilt unbeschadet der Regelungen über den Verhinderungsfall (§ 7 Abs 4 AT) immer der Vertreter der grau hinterlegten Gerichtsabteilung in der Anlage 2.
VII-LI	**nach Landesindex** 06 Wahlen, Direkte Demokratie 20 Sicherheitsrecht 21 Veranstaltungswesen 25 Bundespolizei	Abwechselnd wie folgt:	MB – KHa – KLi – ER – MZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VII: Sicherheit und Polizei				
VII-BI	**nach Bundesindex** 10/04 Wahlen 10/11 Vereins- und Versammlungsrecht 10/12 Politische Parteien 10/13 Amtshaftung, Organhaftpflicht, Polizeibefugnis-Entschädigung 10/14 Staatliche Symbole, Nationalfeiertag 11/02 Grenzänderungen 25/02 Strafvollzug 40 VERWALTUNGSVERFAHREN 41/01 Sicherheitsrecht 41/02 Staatsbürgerschaft, Pass- und Melderecht, Fremdenrecht, Asylrecht 41/03 Personenstandsrecht 41/04 Sprengmittel, Waffen, Munition 41/06 Pornographie 41/07 Grenzüberwachung 41/08 Ehrenzeichen, Orden, Uniformen, Abzeichen 41/10 Sonstiges Innere Angelegenheiten 43 WEHRRECHT 74/01 Gesetzliche Anerkennung, äußere Rechtsverhältnisse 74/03 Sonstige	Abwechselnd wie folgt:	MB – KHa – KLi – ER – MZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VIII: Wirtschaft				
VIII-1	Mineralrohstoffgesetz	Abwechselnd wie folgt:	MS – Wg	
VIII-2	Apothekerkammergesetz 2001 Ärztegesetz 1998 Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014 Ingenieurgesetz 2017 Notariatsordnung Notarversicherungsgesetz 1972 Patentanwaltsgesetz Psychologengesetz 2013 Rechtsanwaltsordnung Tierärztekammergesetz Wirtschaftskammergesetz 1998 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 Zahnärztegesetz Zahnärztekammergesetz Ziviltechnikergesetz 2019	Abwechselnd wie folgt:	BZ – KPe – HW	
VIII-3	Bundesvergabegesetz 2018 Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 Oö. Vergaberechtsschutzgesetz 2006	Abwechselnd wie folgt:	HW – KPe – JS	
VIII-4	Oö. Tourismusgesetz 2018	Abwechselnd wie folgt:	SSt – HW	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** Alle Verfahren an HW.
VIII-5	Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 Güterbeförderungsgesetz 1995 Kraftfahrliniengesetz	Abwechselnd wie folgt:	HW – JS	
VIII-6	Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz 2015 Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 Handelsstatistisches Gesetz 1995 Öffnungszeitengesetz 2003 Oö. Stiftungs- und Fondsgesetz Preisauszeichnungsgesetz Preisgesetz 1992 Preistransparenzgesetz Produktsicherheitsgesetz 2004 Punzierungsgesetz 2000		SSt	
VIII-7	Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen Gewerbeordnung 1994 (Administrativverfahren Anlagen) Rohrleitungsgesetz	Abwechselnd wie folgt:	VG – MS – Wg – MS – Wg	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VIII: Wirtschaft				
VIII-8	Gewerbeordnung 1994 (Administrativverfahren Anlagen gemäß § 356b GewO 1994)		Wg	
VIII-9	Gewerbeordnung 1994 (sonstige Administrativverfahren)	Abwechselnd wie folgt:	KPe – MS – KPe – JS – MS – Wg – HW	**Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** JS – MS
VIII-10	Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz Akkreditierungsgesetz 2012 Außenwirtschaftsgesetz 2011 Oö. Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz	A – K L – Z	HW	**Von 01.04.2026 bis 31.12.2026** alle Verfahren an HW.
VIII-11	Bundes-Energieeffizienzgesetz Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz 2010 Ökostromgesetz 2012 Oö. Biomasseförderungsgesetz Oö. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2006 Oö. Starkstromwegegesetz 1970	Abwechselnd wie folgt:	SE – MS	
VIII-12	Elektrotechnikgesetz 1992 Energielenkungsgesetz 2012 Erdölbevorratungsgesetz 2012 Gaswirtschaftsgesetz 2011	A – K L – Z	MS SE	
VIII-13	Strafverfahren in Angelegenheiten der GA VIII-7 und GA VIII-9	Abwechselnd wie folgt:	JS – MS – HW	
VIII-LI	**nach Landesindex** 24 Stiftungs- und Fondswesen 46 Vergabewesen 80 Elektrizität 81 Gas 83 Tourismus 84 Gewerbe 89 Sonstiges (Wirtschaft)	Abwechselnd wie folgt:	SE – VG – KPe – SSt – JS – MS – Wg – HW – BZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA VIII: Wirtschaft				
VIII-BI	**nach Bundesindex** 26/01 Wettbewerbsrecht 27/01 Rechtsanwälte 27/02 Notare 36 WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER 41/05 Stiftungen, Fonds 50 GEWERBERECHT 53 WIRTSCHAFTS-FÖRDERUNG 54 AUSSENHANDEL 55 WIRTSCHAFTSLENKUNG 56 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT 57 VERSICHERUNGEN 58 BERG- UND ENERGIERECHT 95/01 Elektrotechnik 95/06 Ziviltechniker 95/07 Dampfkesselrecht 97 VERGABEWESEN	Abwechselnd wie folgt:	SE – VG – KPe – SSt – JS – MS – Wg – HW – BZ	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA IX: Dienst und Organisation				
IX-1	Oö. Bezügegesetz 1995 Oö. Landes-Bezügegesetz 1998	A – K L – Z	Fi SE	
IX-2	Oö. Gehaltsgesetz 2001 Oö. Landes-Reisegebührenvorschrift Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz Oö. Landesbeamtengesetz 1993 Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017* Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz-Kuranstalten Oö. Landes-Gehaltsgesetz Oö. Landes-Gleichbehandlungsgesetz Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz Oö. Mutterschutzgesetz Oö. Nebengebührenzulagengesetz Oö. Objektivierungsgesetz 1994 (betreffend Landesbedienstete) Oö. Pensionsgesetz 2006 Oö. Väter-Karenzgesetz Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbedienstete	A – Z A – Z	Fi SE	Fi: für Bedienstete in leitender Funktion im Sinne des Oö. Objektivierungs-gesetzes; SE: für alle übrigen Bediensteten. *für bei Dienststellen des Landes beschäftigte Bedienstete.
IX-3	Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017* Oö. Bürgermeisterbezügegesetz 1992 Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 Oö. Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz Oö. Kindergärten- und Horte-Dienstgesetz Oö. Objektivierungsgesetz 1994 (betreffend Gemeindebedienstete) Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz 2002	A – K L – Z	MB SE	* für bei Dienststellen der Gemeinden und Gemeindeverbände beschäftigte Bedienstete. **Von 01.07.2026 bis 31.12.2026:** Alle Verfahren von MB an BeH.

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA IX: Dienst und Organisation				
IX-4	Gehaltsgesetz 1956 Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 Landesgesetz über die Rechtsstellung des Bruckner-Konservatoriums zum Betrieb einer Privatuniversität Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz Oö. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1988 Oö. Lehrpersonen-Diensthoheitsgesetz Oö. Landes-Personalvertretungsgesetz Oö. Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz	A – K L – Z	AL SE	
IX-5	Datenschutz-Grundverordnung	Abwechselnd wie folgt:	Fi – SE	Beschwerden ausschließlich gemäß Art 130 Abs 2a B-VG
IX-6	Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz (§ 8 Abs 2a)		ER	
IX-7	Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz (§ 4 Abs 8) Sonstige keinem anderen Senat zugewiesenen Angelegenheiten		BL	
IX-8	Verfahren iSd § 5 Abs 6 des Allgemeinen Teils der Geschäftsverteilung		Fi	
IX-9	Oö. Parteienfinanzierungsgesetz 2016		JP	
IX-LI	**nach Landesindex** 0 VERFASSUNG (ausgenommen 06) 1 DIENSTRECHT 10 Dienst- und Personalvertretungsrecht der Landesbediensteten 11 Dienst- und Personalvertretungsrecht der Gemeindebediensteten 12 Dienst- und Personalvertretungsrecht der Landeslehrer 13 Personal-Objektivierung 19 Sonstiges (Dienstrecht)	Abwechselnd wie folgt:	MB – SE – AL	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA IX: Dienst und Organisation				
IX-BI	**nach Bundesindex** 10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) 10/02 Novellen zum B-VG, Ämter der Landesregierungen 10/05 Bezüge, Unvereinbarkeit 10/06 Direkte Demokratie 10/07 Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit 14/01 Verwaltungsorganisation 39/06 Rechts- und Amtshilfe 41/09 Internationale Amtshilfe 63 ALLGEMEINES DIENST- UND BESOLDUNGSRECHT 64 BESONDERES DIENST- UND BESOLDUNGSRECHT 65 PENSIONSRECHT FÜR BUNDESBEDIENSTETE	Abwechselnd wie folgt:	MB – SE – AL	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA X: Gesundheit und Veterinär				
X-1	Oö. Bienenzuchtgesetz Oö. Hundehaltegesetz 2024 Oö. Tierzuchtgesetz 2019 Tierarzneimittelkontrollgesetz Tierärztegesetz Tiergesundheitsgesetz 2024 Tiermehl-Gesetz Tierschutz-Durchführung unmittelbar anwendbarer unionsrechtlicher Bestimmungen Tierschutzgesetz Tiertransportgesetz 2007 Tierversuchsgesetz 2012	Abwechselnd wie folgt:	BL – SB – JK – BL – ER	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA X: Gesundheit und Veterinär				
X-2	AIDS-Gesetz 1993 Artenhandelsgesetz 2009 Arzneibuchgesetz 2012 Arzneimittelgesetz Arzneiwareneinfuhrgesetz 2010 Ausbildungsvorbehaltsgesetz Bäderhygienegesetz BG über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz) Blutsicherheitsgesetz 1999 EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz Fortpflanzungsmedizingesetz Gehaltskassengesetz 2002 Geschlechtskrankheitengesetz Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz Gesundheits- und Krankenpflegegesetz Gewebesicherheitsgesetz Hebammengesetz Impfschadengesetz Lebensmittelgesetz 1975 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz Medizinische Assistenzberufe-Gesetz Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz Medizinproduktegesetz 2021 Oö. Leichenbestattungsgesetz 1985 Oö. Rettungsgesetz 1988 Psychotherapiegesetz 2024 Rezeptpflichtgesetz Rotkreuzgesetz Sanitätergesetz Sicherheitskontrollgesetz 2013 Suchtmittelgesetz Sterbeverfügungsgesetz Strahlenschutzgesetz Tabak- und Nikotinsucht-Gesetz Tiermaterialiengesetz Tuberkulosegesetz	Abwechselnd wie folgt:	KH – JK – FP	
X-3	Apothekengesetz	Abwechselnd wie folgt:	KHu – DM	

Nummer	Materien insbesondere folgende Gesetze	Buchstaben	Kurzzeichen	Anmerkungen
GA X: Gesundheit und Veterinär				
X-4	Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz Oö. Heilvorkommen- und Kurortegesetz Oö. Krankenanstaltengesetz 1997	Abwechselnd wie folgt:	SSt – DM	
X-LI	**nach Landesindex** 27 Hilfs- und Rettungswesen 50 Gesundheitswesen 73 Veterinärwesen 74 Pflanzen- und Tierzucht	Abwechselnd wie folgt:	SB – KH – KHu – JK – BL – DM – FP – ER – SSt	
X-BI	**nach Bundesindex** 82 GESUNDHEITSRECHT 86 VETERINÄRRECHT	Abwechselnd wie folgt:	SB – KH – KHu – JK – BL – DM – FP – ER – SSt	

RichterInnen	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung
Präsident Johannes Fischer	**V**	Harald Wiesinger Karin Lederer Wolfgang Weigl	**IX**	Sigrid Ellmer Julia Polgar Markus Brandstetter				
Vizepräsidentin Julia Polgar	**I**	Konstantin Huemer Wolfgang Peterseil Elisabeth Wiesbauer	**VI**	Wolfgang Peterseil Gottfried Zöbl Felix Pohl	**IX**	Sigrid Ellmer Markus Brandstetter Astrid Lukas		
Michaela Bismaier	**III**	Bettina Zauner Brigitte Lang Roman Wagner	**VII**	Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter Markus Zeinhofer	**VIII**	Wolfgang Weigl Monika Süß Sabine Steidl-Sebestyen		
Stefan Blecha	**II**	Wolfgang Weigl Astrid Lukas Gabriele Saxinger	**V**	Bettina Hötzenegger Karin Lederer Brigitte Lang	**VI**	Brigitte Lang Bettina Hötzenegger Sigrid Ellmer	**VII**	Markus Brandstetter Markus Zeinhofer Karin Herdega-Haas
	VIII	Wolfgang Weigl Monika Süß Verena Gubesch	**IX**	Markus Brandstetter Sigrid Ellmer Astrid Lukas				
Markus Brandstetter	**VII**	Markus Zeinhofer Karin Lidauer Elisabeth Reitter	**IX**	Sigrid Ellmer Astrid Lukas Elisabeth Reitter				
Sandra Buchinger	**II**	Verena Gubesch Katja Hörzing Brigitte Lang	**V**	Klaus Pernsteiner Verena Gubesch Katja Hörzing	**VI**	Gottfried Zöbl Markus Zeinhofer Julia Polgar	**VII**	Elisabeth Reitter Markus Brandstetter Markus Zeinhofer
	X	Elisabeth Reitter Brigitte Lang Jasmin Kriegner						

RichterInnen	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung
Sigrid Ellmer	**V**	Felix Pohl Bettina Hötzenegger Karin Lederer	**VI**	Felix Pohl Katja Hörzing Karin Lederer	**VII**	Markus Brandstetter Elisabeth Reitter Karin Herdega-Haas	**VIII**	Monika Süß Wolfgang Weigl Klaus Pernsteiner
	IX	Markus Brandstetter Astrid Lukas Brigitte Lang						
Verena Gubesch	**I**	Doris Manzenreiter Elisabeth Wiesbauer Sabine Steidl-Sebestyen	**II**	Brigitte Lang Katja Hörzing Sandra Buchinger	**III**	Gabriele Saxinger Roman Wagner Brigitte Lang	**V**	Katja Hörzing Brigitte Lang Sandra Buchinger
	VI	Gottfried Zöbl Julia Polgar Sabine Steidl-Sebestyen	**VII**	Markus Brandstetter Karin Lidauer Elisabeth Reitter	**VIII**	Wolfgang Weigl Monika Süß Jörg Steinschnack		
Karin Herdega-Haas	**VI**	Bettina Hötzenegger Klaus Pernsteiner Sandra Buchinger	**VII**	Karin Lidauer Elisabeth Reitter Markus Brandstetter				
Katja Hörzing	**II**	Brigitte Lang Verena Gubesch Sandra Buchinger	**V**	Brigitte Lang Verena Gubesch Felix Pohl	**VI**	Monika Süß Felix Pohl Sigrid Ellmer	**VII**	Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter Markus Brandstetter
	X	Felix Pohl Jasmin Kriegner Elisabeth Reitter						
Bettina Hötzenegger	**IV**	Monika Süß Felix Pohl Gottfried Zöbl	**V**	Bettina Zauner Felix Pohl Karin Lederer	**VI**	Markus Zeinhofer Gottfried Zöbl Sigrid Ellmer	**VII**	Markus Zeinhofer Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter
Konstantin Huemer	**I**	Wolfgang Peterseil Jörg Steinschnack Sabine Steidl-Sebestyen	**V**	Felix Pohl Sigrid Ellmer Bettina Hötzenegger	**VI**	Wolfgang Peterseil Jörg Steinschnack Julia Polgar	**VII**	Markus Zeinhofer Markus Brandstetter Elisabeth Reitter
	X	Doris Manzenreiter Katja Hörzing Jasmin Kriegner						
Jasmin Kriegner	**VI**	Katja Hörzing Bettina Hötzenegger Markus Zeinhofer	**VII**	Markus Zeinhofer Elisabeth Reitter Markus Brandstetter	**X**	Katja Hörzing Felix Pohl Elisabeth Reitter		

RichterInnen	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung
Brigitte Lang	**II**	Katja Hörzing Verena Gubesch Sandra Buchinger	**III**	Karin Lederer Astrid Lukas Roman Wagner	**V**	Katja Hörzing Sandra Buchinger Verena Gubesch	**VI**	Jasmin Kriegner Roman Wagner Katja Hörzing
	VII	Elisabeth Reitter Markus Brandstetter Markus Zeinhofer	**IX**	Elisabeth Reitter Markus Brandstetter Astrid Lukas	**X**	Jasmin Kriegner Sandra Buchinger Elisabeth Reitter		
Karin Lederer	**III**	Roman Wagner Brigitte Lang Bettina Zauner	**V**	Roman Wagner Wolfgang Weigl Bettina Hötzenegger	**VI**	Gottfried Zöbl Bettina Hötzenegger Sandra Buchinger	**VII**	Markus Zeinhofer Markus Brandstetter Karin Lidauer
Karin Lidauer	**III**	Bettina Zauner Roman Wagner Astrid Lukas	**VII**	Elisabeth Reitter Karin Herdega-Haas Markus Brandstetter				
Astrid Lukas	**II**	Gabriele Saxinger Wolfgang Weigl Katja Hörzing	**III**	Brigitte Lang Bettina Zauner Karin Lidauer	**VI**	Brigitte Lang Sigrid Ellmer Wolfgang Peterseil	**VII**	Markus Brandstetter Karin Lidauer Elisabeth Reitter
	IX	Markus Brandstetter Sigrid Ellmer Brigitte Lang						
Doris Manzenreiter	**I**	Verena Gubesch Konstantin Huemer Elisabeth Wiesbauer	**VI**	Sabine Steidl- Sebestyen Wolfgang Peterseil Monika Süß	**VII**	Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter Markus Zeinhofer	**X**	Sabine Steidl- Sebestyen Konstantin Huemer Jasmin Kriegner
Klaus Pernsteiner	**IV**	Harald Wiesinger Wolfgang Weigl Roman Wagner	**V**	Harald Wiesinger Sandra Buchinger Wolfgang Weigl	**VI**	Gottfried Zöbl Sandra Buchinger Brigitte Lang	**VII**	Karin Herdega-Haas Markus Zeinhofer Elisabeth Reitter
	VIII	Harald Wiesinger Jörg Steinschnack Bettina Zauner						
Wolfgang Peterseil	**I**	Konstantin Huemer Jörg Steinschnack Verena Gubesch	**VI**	Elisabeth Wiesbauer Gottfried Zöbl Markus Zeinhofer	**VII**	Elisabeth Reitter Markus Zeinhofer Markus Brandstetter		

RichterInnen	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung
Felix Pohl	**IV**	Monika Süß Gottfried Zöbl Klaus Pernsteiner	**V**	Sigrid Ellmer Katja Hörzing Bettina Hötzenegger	**VI**	Monika Süß Gottfried Zöbl Bettina Hötzenegger	**VII**	Markus Zeinhofer Markus Brandstetter Elisabeth Reitter
	X	Katja Hörzing Jasmin Kriegner Elisabeth Reitter						
Elisabeth Reitter	**VII**	Karin Herdega-Haas Markus Brandstetter Markus Zeinhofer	**X**	Jasmin Kriegner Brigitte Lang Sandra Buchinger	**IX**	Verena Gubesch Klaus Pernsteiner Astrid Lukas		
Gabriele Saxinger	**II**	Astrid Lukas Wolfgang Weigl Katja Hörzing	**III**	Astrid Lukas Bettina Zauner Roman Wagner	**VII**	Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter Markus Brandstetter		
Monika Süß	**IV**	Gottfried Zöbl Felix Pohl Harald Wiesinger	**VI**	Gottfried Zöbl Felix Pohl Jasmin Kriegner	**VII**	Elisabeth Reitter Markus Zeinhofer Markus Brandstetter	**VIII**	Wolfgang Weigl Jörg Steinschnack Verena Gubesch
Sabine Steidl-Sebestyen	**I**	Doris Manzenreiter Konstantin Huemer Wolfgang Peterseil	**VI**	Doris Manzenreiter Konstantin Huemer Katja Hörzing	**VII**	Elisabeth Reitter Markus Zeinhofer Karin Lidauer	**VIII**	Harald Wiesinger Jörg Steinschnack Klaus Pernsteiner
	X	Doris Manzenreiter Konstantin Huemer Katja Hörzing						
Jörg Steinschnack	**I**	Wolfgang Peterseil Doris Manzenreiter Konstantin Huemer	**VI**	Wolfgang Peterseil Doris Manzenreiter Julia Polgar	**VIII**	Klaus Pernsteiner Harald Wiesinger Wolfgang Weigl		
Roman Wagner	**I**	Jörg Steinschnack Konstantin Huemer Wolfgang Peterseil	**III**	Gabriele Saxinger Bettina Zauner Astrid Lukas	**IV**	Wolfgang Weigl Harald Wiesinger Klaus Pernsteiner	**VI**	Julia Polgar Konstantin Huemer Wolfgang Peterseil
	VII	Markus Brandstetter Karin Herdega-Haas Karin Lidauer						
Wolfgang Weigl	**II**	Gabriele Saxinger Astrid Lukas Verena Gubesch	**IV**	Harald Wiesinger Klaus Pernsteiner Roman Wagner	**V**	Roman Wagner Karin Lederer Bettina Zauner	**VII**	Markus Zeinhofer Markus Brandstetter Karin Lidauer
	VIII	Monika Süß Harald Wiesinger Klaus Pernsteiner						

RichterInnen	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung	GA	Vertretung
Elisabeth Wiesbauer	**I**	Verena Gubesch Jörg Steinschnack Konstantin Huemer	**VI**	Wolfgang Peterseil Sabine Steidl-Sebestyen Jörg Steinschnack	**VII**	Markus Zeinhofer Markus Brandstetter Karin Lidauer		
Harald Wiesinger	**IV**	Klaus Pernsteiner Wolfgang Weigl Roman Wagner	**V**	Klaus Pernsteiner Karin Lederer Wolfgang Weigl	**VIII**	Klaus Pernsteiner Wolfgang Weigl Jörg Steinschnack		
Bettina Zauner	**III**	Roman Wagner Gabriele Saxinger Astrid Lukas	**V**	Bettina Hötzenegger Karin Lederer Katja Hörzing	**VII**	Karin Herdega-Haas Elisabeth Reitter Markus Brandstetter	**VIII**	Harald Wiesinger Wolfgang Weigl Klaus Pernsteiner
Markus Zeinhofer	**VI**	Sandra Buchinger Bettina Hötzenegger Julia Polgar	**VII**	Markus Brandstetter Karin Lidauer Elisabeth Reitter				
Gottfried Zöbl	**IV**	Felix Pohl Harald Wiesinger Monika Süß	**VI**	Wolfgang Peterseil Markus Zeinhofer Julia Polgar	**VII**	Elisabeth Reitter Karin Herdega-Haas Markus Zeinhofer		

LaienrichterInnen	GA	Vertretung
Christian Jedinger	**IX**	Pamela Pachner-Herciuk Alexander Mayrhofer Manuela Stadler
Siegfried Nußbaumer	**IX**	Sara Dumfart Dietmar Koppensteiner Carmen Breitwieser
Paul Wagner	**V**	Martin Peer Robert Ablinger Michael Sieberer-Kefer
Alexander Mayrhofer	**IX**	Manuela Stadler Andrea Hubmer Stefanie Wimmer
Robert Türkis	**V**	Christian Pleiner Helmut Hochreiner Hubert Mayr
Barbara Spöck	**IX**	Martin Pammer Wolfgang Steiner Elisabeth Leitner

Senat	Funktion	Mitglied	Zusatz
A	Vorsitz	Julia Polgar	In Angelegenheiten des Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (§ 4 Abs 8) und sonstigen keinem anderen Senat zugewiesenen Angelegenheiten.
	Berichter	Brigitte Lang	
	Beisitzer	Wolfgang Weigl	
B	Vorsitz/Berichter	Johannes Fischer	In Angelegenheiten des Oö. Landesbeamtengesetzes (§ 152b Abs 1): Senat B: für Bedienstete in leitender Funktion im Sinne des Oö. Objektivierungsgesetzes; Senat C: Für alle übrigen Bediensteten
	Beisitzer	Barbara Spöck	
	Beisitzer	Alexander Mayrhofer	
C	Vorsitz/Berichter	Sigrid Ellmer	
	Beisitzer	Barbara Spöck	
	Beisitzer	Alexander Mayrhofer	
D	Vorsitz/Berichter	Markus Brandstetter[1]	In Angelegenheiten des Oö. Gemeindebedienstetengesetzes (§ 164b Abs 1), Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz (§ 218b Abs 1) und Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetz (§ 140b Abs 1): Senat D: für Buchstaben A - K, Senat E: für Buchstaben L - Z
	Beisitzer	Siegfried Nußbaumer	
	Beisitzer	Christian Jedinger	
E	Vorsitz/Berichter	Sigrid Ellmer	
	Beisitzer	Siegfried Nußbaumer	
	Beisitzer	Christian Jedinger	
F	Vorsitz	Karin Lederer	In Angelegenheiten des Oö. Einforstungsrechtegesetzes (§ 27a Abs 1), Oö. Bringungsrechtegesetzes (§ 17a Abs 1) und Oö. Flurverfassungs-Landesgesetzes (§ 103a Abs 1). Die jeweilige Senatszuständigkeit bestimmt sich nach der Zuständigkeit des Berichters (§ 5 Abs 4 des Artikel I der Geschäftsverteilung).
	Berichter	Wolfgang Weigl	
	Beisitzer	Robert Türkis	
H	Vorsitz	Wolfgang Weigl	
	Berichter	Karin Lederer	
	Beisitzer	Robert Türkis	

[1] Bei einlangenden Verfahren von 01.07.2026 bis 31.12.2026: Bettina Hötzenegger.

I	Vorsitz	Johannes Fischer	In Angelegenheiten des Oö. Grundverkehrsgesetzes (§ 31 Abs 6). Die jeweilige Senatszuständigkeit bestimmt sich nach der Zuständigkeit des Berichters (§ 5 Abs 4 des Artikel I der Geschäftsverteilung).
	Berichter	Harald Wiesinger	
	Beisitzer	Paul Wagner	
J	Vorsitz	Harald Wiesinger	
	Berichter	Sandra Buchinger	
	Beisitzer	Paul Wagner	
K	Vorsitz/Berichter	Johannes Fischer	
	Beisitzer	Harald Wiesinger	
	Beisitzer	Paul Wagner	
O	Vorsitz	Johannes Fischer	
	Berichter	Klaus Pernsteiner	
	Beisitzer	Paul Wagner	
M	Vorsitz	Gottfried Zöbl	In Angelegenheiten des Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (§ 8 Abs 2a).
	Berichter	Elisabeth Reitter	
	Beisitzer	Verena Gubesch	
	Beisitzer	Klaus Pernsteiner	
	Beisitzer	Astrid Lukas	
N	Vorsitz	Johannes Fischer	In Angelegenheiten des Oö. Parteienfinanzierungsgesetzes 2016 (§ 12 Abs 11).
	Berichter	Julia Polgar	
	Beisitzer	Sigrid Ellmer	